



# Globale Sicherheit

## Ihr wöchentlicher Ausblick

KW 37

### Übersicht

#### Polen

Zweite Abstimmung über Mediengesetz wird in der kommenden Woche weitere Proteste auslösen

#### Russland

Regierungskritische Kundgebungen anlässlich der Duma-Wahlen

#### Israel und Palästinensische Gebiete

Angespannte Lage aufgrund von Gefängnisausbruch

#### Libanon

Anhaltende Treibstoffknappheit trotz Erdgas-Deal

#### Mosambik

Sicherheitslage in Bezirken mit EXTREMEM Reiserisiko in Cabo Delgado bleibt unbeständig

#### Somalia

Politische Spannungen können zu Konfrontationen führen

#### Indien

Weitere Bauernproteste wegen umstrittenem Gesetz

#### Thailand

Anhaltende regierungskritische Proteste in und um Bangkok

#### Ecuador

Proteste am 15. September in Quito und anderen städtischen Zentren

Hier werden Sie regelmäßig über sicherheitsrelevante Ereignisse informiert, die in den kommenden Tagen erhöhte Aufmerksamkeit erfordern. Kontaktieren Sie gerne unser Team für weitere Details.

### Europa und Zentralasien

#### Polen

#### Zweite Abstimmung über Mediengesetz wird in der kommenden Woche weitere Proteste auslösen

Die politische Situation wird auch in der kommenden Woche angespannt bleiben, da der Senat, das Oberhaus des polnischen Parlaments, am **15. September** ein zweites Mal über ein umstrittenes Mediengesetz abstimmt. Das Gesetz soll Rundfunk- und Fernsehunternehmen aus Drittstaaten daran hindern, in Polen tätig zu werden oder eine Mehrheitsbeteiligung an polnischen Medienunternehmen zu halten. Der Gesetzentwurf, der im August den Sejm (Unterhaus des Parlaments) passiert hatte, wurde am 9. September vom Senat abgelehnt.

Gegner halten das Vorhaben für einen Angriff auf die Medienfreiheit. Premierminister Mateusz Morawiecki von der nationalistischen Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit (PiS) argumentiert hingegen, es sei eine Frage der nationalen Sicherheit, ausländische Unternehmen an der Beeinflussung der öffentlichen Meinung zu hindern. In den letzten Wochen haben im ganzen Land mehrere friedliche Demonstrationen stattgefunden, auch vor Regierungsgebäuden wie dem Sejm-Komplex, in dem das Unterhaus und der Senat untergebracht sind, sowie auf öffentlichen Plätzen in der Hauptstadt Warschau.

Sollte der Senat das Gesetz erneut ablehnen, kann es zur Verabschiedung an das Unterhaus zurückgehen. Es ist jedoch nicht klar, ob die

Regierungspartei in der Lage wäre, das Gesetz ein zweites Mal durchzubringen, da die parlamentarische Mehrheit aufgrund einer Reihe von Abspaltungen aus der Regierungskoalition brüchig geworden ist. Der stellvertretende Ministerpräsident Jaroslaw Gowin, Vorsitzender des Juniorkoalitionspartners Accord, wurde am 10. August wegen seiner Kritik am Gesetzesentwurf entlassen. Die seit 2015 bestehende Koalition zerbrach infolge dieser Vorfälle. Außerdem erklärte Präsident Andrzej Duda, ein Verbündeter der PiS, dass er sein Veto gegen das Gesetz einlegen würde, sollte es in seiner jetzigen Form auf seinem Schreibtisch landen. Auch der internationale Druck war groß: Der Außenminister der Vereinigten Staaten, Antony Blinken, ein wichtiger Verbündeter Polens, hat das Gesetz verurteilt.

Planen Sie Reisen unter Umgehung aller Protestorte, da die Gefahr von Zusammenstößen zwischen Demonstranten und Sicherheitskräften besteht, bei denen auch Unbeteiligte gefährdet werden können. Beobachten Sie die Entwicklungen im Zusammenhang mit der Senatsabstimmung am 15. September, die mittel- bis langfristig zu einer erhöhten Instabilität beitragen könnten.

### Russland

#### Regierungskritische Kundgebungen anlässlich der Duma-Wahlen

Im Vorfeld der Duma-Wahlen (Parlamentswahlen), die für den **17. bis 19. September** angesetzt sind, werden in städtischen Zentren vereinzelt Mahnwachen oder Demonstrationen von Aktivisten erwartet. Aufgrund des anhaltend harten Vorgehens der Behörden gegen die politische Opposition und der weit verbreiteten Apathie der Wähler sind größere Unruhen unwahrscheinlich. Die Unzufriedenheit mit der Regierungspartei "Einiges Russland" (UR), die durch verschiedene Faktoren wie Arbeitslosigkeit, steigende Zinssätze und Korruptionsvorwürfe genährt wird, ist in der gesamten Wählerschaft zu spüren.

Die Regierung hat in den letzten Monaten repressive Maßnahmen ergriffen, darunter die Einschränkung abweichender Meinungsäußerungen, die Disqualifizierung von Oppositionskandidaten für die Wahl, die Unterdrückung unabhängiger Medien und die Verhaftung prominenter Aktivisten. Dies bedeutet zwar nicht zwangsläufig, dass die Bereitschaft zur Teilnahme an Demonstrationen abgenommen hat, aber

Oppositionsgruppen haben erheblich eingeschränkte Möglichkeiten, Veranstaltungen zu koordinieren. Aufgrund des harten Vorgehens der Sicherheitskräfte gegen Demonstrationen sowie der willkürlichen Verhaftungen und hohen Strafen, die von den Behörden für die Teilnahme an Demonstrationen verhängt werden, wird die Beteiligung an Versammlungen wahrscheinlich gering sein.

Am 4. September hielten Oppositionsgruppen, Kandidaten und Journalisten kleine Versammlungen in der Hauptstadt Moskau ab, um gegen die Unterdrückung der unabhängigen Medien durch die Regierung zu protestieren. Berichten zufolge gaben die Organisatoren die Veranstaltungen als Treffen von Kandidaten mit Wählern aus, um die russischen Gesetze gegen nicht genehmigte Demonstrationen zu umgehen. Versammlungen dieser Art werden sich wahrscheinlich im Vorfeld des Wahltages wiederholen.

Es ist zu erwarten, dass die eng mit Präsident Wladimir Putin verbundene UR, ihre bei den Duma-Wahlen 2016 erzielte Mehrheit behalten wird, obwohl Umfragedaten darauf hindeuten, dass die Partei die niedrigste Zustimmungsrate seit 2008 hat. Das Fehlen einer tragfähigen politischen Alternative, die Beschränkungen für Oppositionskandidaten und die Unterdrückung unabhängiger Medien machen einen sicheren Sieg der UR wahrscheinlich. Ein Verdacht auf Unregelmäßigkeiten bei den Wahlen, wie Wahlfälschung oder die Einschüchterung von Wählern, könnte nach der Bekanntgabe der Ergebnisse zu größeren Demonstrationen führen. Dies ist jedoch unwahrscheinlicher, da Medienplattformen voraussichtlich nicht umfassend über mögliche Unregelmäßigkeiten berichten können. Ungenehmigte Demonstrationen werden von einer verstärkten Präsenz der Sicherheitskräfte begleitet werden. Bei vergangenen Demonstrationen haben Sicherheitskräfte Versammlungen gewaltsam aufgelöst und Teilnehmer verhaftet.

Manager sollten ihre Mitarbeiter im Land anweisen, ihre Reiserouten an mögliche Unruhen vor Ort anzupassen und nicht genehmigte Oppositionsdemonstrationen vorsichtshalber zu meiden. Mitarbeiter im Land sollten außerdem angewiesen werden, politische und kritische Themen nicht in der Öffentlichkeit oder auf sozialen Medien zu diskutieren. Informationen aus sozialen Medien und anderen Nachrichtenkanälen sollten stets unter Hinzuziehung zuverlässiger Quellen überprüft werden.

## Naher / Mittlerer Osten & Nordafrika (MENA)

### Israel und Palästinensische Gebiete

#### Angespannte Lage aufgrund von Gefängnisausbruch

Die andauernde Fahndung nach Häftlingen, die aus einem Gefängnis im Norden Israels geflohen sind, wird auch in der kommenden Woche zu Spannungen und Beeinträchtigungen führen. Von den sechs Gefangenen, die am 6. September aus dem Gilboa-Gefängnis ausgebrochen sind, wurden inzwischen vier in Israel verhaftet, zwei sind weiterhin auf freiem Fuß. Die Flüchtigen haben Verbindungen zum Palästinensischen Islamischen Dschihad (PIJ), der hauptsächlich im Gazastreifen (Palästinensische Gebiete) ansässig ist. In Israel und im Westjordanland wird weiterhin eine groß angelegte Sicherheitsoperation durchgeführt, die zu erheblichen Verkehrsbehinderungen und einer erhöhten Präsenz von Sicherheitskräften in den Gouvernements Nablus und Dschenin führt.

Auch die täglichen Demonstrationen in den städtischen Zentren des Westjordanlands und in Jerusalem werden wahrscheinlich weiterhin zu großen Beeinträchtigungen führen. Diese finden vor allem in städtischen Zentren statt, es wurden jedoch auch Zusammenstöße an den Eingängen von Städten im Westjordanland und in der Nähe israelischer Siedlungen gemeldet. Die Protestmärsche finden zur Unterstützung der Entflohenen und aus Protest gegen verschärfte Maßnahmen für andere PIJ-Mitglieder in israelischen Gefängnissen statt. Die palästinensischen Protestnahmen zu und entwickelten sich am 10. September in einigen Fällen zu Unruhen, nachdem die Verhaftung von zwei der entflohenen Gefangenen bekannt gegeben wurde. In den kommenden Tagen könnten neue "Tage der Wut" mit massiver Mobilisierung ausgerufen werden.

Die Ereignisse lösten auch einen Austausch von Raketen zwischen extremistischen Kämpfern im Gazastreifen und den israelischen Verteidigungskräften (IDF) im Süden Israels aus. Während der Beschuss in diesem Fall keine Schäden verursacht hat, könnten erneute, intensivere Raketenalven das Risiko erhöhen. Im Westjordanland haben PIJ und andere extremistische Gruppen mit bewaffneter Vergeltung gedroht, nachdem die

IDF in das Gebiet As (unter der Kontrolle der Palästinensischen Autonomiebehörde) eingedrungen waren.

Mitarbeiter in Israel sollten sich auch auf Beeinträchtigungen durch die Proteste zur Unterstützung der geflohenen Gefangenen und den Raketenbeschuss aus dem Gazastreifen einstellen. Mitarbeiter im Land sollten zudem an militärischen Kontrollpunkten Vorsicht walten lassen und möglichst wenig Zeit in deren Nähe verbringen. Manager sollten die Entwicklungen rund um die Sicherheitsoperationen und den Verbleib der verbleibenden Entflohenen genau beobachten und auf mögliche Veränderungen im Sicherheitsumfeld achten. Jede weitere Entwicklung bei der Fahndung wird voraussichtlich eine stärkere Mobilisierung in den palästinensischen Gebieten und in Jerusalem auslösen.

### Libanon

#### Anhaltende Treibstoffknappheit trotz Erdgas-Deal

Ein kürzlich angekündigtes Abkommen zwischen dem Libanon und Ägypten, Jordanien und Syrien über Erdgaslieferungen wird die Treibstoffknappheit im Libanon in den kommenden Wochen kaum verbessern. Es wird weiterhin zu Engpässen kommen und die Kraftstoffpreise werden hoch bleiben. Die Unzufriedenheit der Bevölkerung wird nicht abnehmen, da die Bereitstellung grundlegender Dienstleistungen unter diesen Bedingungen weiterhin beeinträchtigt ist. In den kommenden Wochen ist mit weiteren Unruhen zu rechnen.

Die Energieminister Ägyptens, Jordaniens, des Libanon und Syriens haben sich am 8. September auf einen Fahrplan für den Export von Gas aus Ägypten in den Libanon über die Arabische Gaspipeline geeinigt. Das Abkommen scheint eine Alternative zum Plan der libanesischen Schiitenbewegung Hisbollah zu sein, iranischen Brennstoff zu importieren, um der Knappheit im Libanon zu begegnen. Der syrische Ölminister Bassam Tohme erklärte am 11. September, dass Syrien als Gegenleistung für seine Zusammenarbeit einen nicht näher bezeichneten Prozentsatz des Gases erhalten werde.

Mehrere Punkte sprechen gegen eine deutliche Verbesserung der Situation in den kommenden Wochen. Der ägyptische Energieminister Tarek El-Molla erklärte am 8. September, dass der Plan noch nicht endgültig sei und einige Details noch

ausgearbeitet werden müssten. Unklar ist auch, ob die USA, die die Initiative grundsätzlich unterstützen, eine Ausnahmegenehmigung erteilen werden, da die syrische Regierung weiterhin unter US-Sanktionen steht. Zudem wurde die syrische Infrastruktur durch den Bürgerkrieg beschädigt und die notwendigen Reparaturen werden den Starttermin des Projekts wahrscheinlich verzögern.

Die Treibstoffknappheit und die hohen Preise werden daher auch in den kommenden Wochen anhalten. Menschen und Unternehmen, die im Libanon tätig sind, werden auch weiterhin von erheblichen Unterbrechungen wichtiger Dienstleistungen wie der Strom- und Internetverbindung betroffen sein. Diese Probleme werden die Frustration der Bevölkerung über das derzeitige Wirtschaftsklima verschärfen und zu Unruhen und damit verbundenen Gewaltausbrüchen führen.

Aufgrund der anhaltenden regierungskritischen Unruhen und der sich verschlechternden sozio-ökonomischen Bedingungen sollten weiterhin alle Reisen in den Libanon verschoben werden. Mitarbeiter im Land sollten sich auf eine anhaltende Knappheit von Gütern des Grundbedarfs und Unterbrechungen essenzieller Dienstleistungen einstellen. Meiden Sie alle Versammlungen aufgrund des ernstesten Risikos lokaler Unruhen und lassen Sie an Tankstellen Vorsicht walten, da die angespannte Situation aufgrund der Treibstoffknappheit zu Konfrontationen zwischen Autofahrern führen kann. Manager sollten sicherstellen, dass Eskalationspläne und Business-Continuity-Pläne aktualisiert, realistisch und schnell umsetzbar sind.

## Afrika

### Mosambik

#### **Sicherheitslage in Bezirken mit EXTREMEM Reiserisiko in Cabo Delgado bleibt unbeständig**

Die Sicherheitslage in den Bezirken Macomia, Meluco, Mocimboa da Praia, Muidumbe, Nangade, Palma und Quissanga (alle in der Provinz Cabo Delgado), in denen ein EXTREMES Reiserisiko besteht, bleibt trotz einiger Fortschritte im Kampf gegen Aufständische unbeständig.

Die mosambikanischen Streitkräfte (FADM) und ihre ruandischen Partner haben erfolgreich Gebiete zurückerobert, die zuvor von der islamistischen Extremistengruppe al-Sunnah gehalten wurden. Die Sicherheitskräfte eroberten am 7. Juli Awasse (Mocimboa da Praia) und am 8. September die Bezirkshauptstadt Mocimboa da Praia. Diese Gebiete hatten zuvor als wichtige operative Zentren für die Aufständischen gedient und waren auch von symbolischer Bedeutung. Inzwischen kehren immer mehr Einwohner nach Palma zurück und Unternehmen nehmen allmählich ihre Tätigkeit wieder auf. Vor kurzem haben die Sicherheitskräfte die Kontrolle über Ntchinga (Muidumbe), Mbau und Ouasse (beide Mocimboa da Praia) zurückgewonnen. Die Behörden geben außerdem an, dass sie Stützpunkte der Kämpfer in der Nähe von Mbau und Pundanhar (Palma) überwachen und bald zurückerobern werden.

Dank der Unterstützung durch ausländische Streitkräfte ist zu erwarten, dass die Regierungstruppen weitere Gebiete von al-Sunnah zurückerobern und dort für mehr Sicherheit sorgen werden. Al-Sunnah ist jedoch nach wie vor in den nordöstlichen Teilen der Provinz präsent. Trotz der Gebietsverluste verfügt die Gruppe immer noch über lokale Kenntnisse, die es ihr ermöglichen, die Aufstandsbekämpfung auszuüben. In Folge gelingt es der Gruppe, einfache Angriffe gegen schlecht gesicherte Dörfer durchzuführen, um an Nachschub zu gelangen. Obwohl die Zahl der Anschläge in den letzten Monaten deutlich zurückgegangen ist, entziehen sich die Aufständischen häufig der Festnahme. Dadurch haben die Aufständischen die Möglichkeit, sich neu zu gruppieren, was die Bedrohung durch die Extremisten aufrechterhält. Darüber hinaus sind Operationen zur Aufstandsbekämpfung häufig mit Verkehrsunterbrechungen verbunden, was für

Personen, die sich in der Umgebung aufhalten, ein Risiko darstellen kann.

In Anbetracht der anhaltenden Unsicherheit sollten Reisen in die EXTREM gefährdeten Bezirke von Cabo Delgado vermieden werden, bis diese Gebiete vollständig befreit sind. Reisen nach Palma sollten nur in Abstimmung mit einem Sicherheitsdienstleister und den örtlichen Behörden erfolgen. Reisen in den Rest von Cabo Delgado können weiterhin durchgeführt werden, erfordern jedoch erhöhte Vorsichtsmaßnahmen, eine spezielle Gefährdungsbeurteilung vor Reiseantritt, strenge Reisesicherheitsprotokolle und die Unterstützung durch einen lokalen Sicherheitsdienstleister.

### Somalia

#### Politische Spannungen können zu Konfrontationen führen

Die politischen Spannungen zwischen Präsident Mohamed Abdullahi Mohamed, auch bekannt als "Farmaajo", und Premierminister Mohamed Hussein Roble werden in den kommenden Wochen weiter zunehmen. Der Streit verschärfte sich im Juni nach der Entführung und Ermordung von Ikran Tahlil, einem Mitarbeiter der National Intelligence Service Agency (NISA). Daraufhin suspendierte Roble am 5. September den ehemaligen NISA-Direktor Fahad Yassin Haji Dahir. Diese Entwicklung schafft einen Präzedenzfall für weitere Konfrontationen innerhalb der Sicherheitskräfte. Proteste aufgrund der offenen Untersuchung am Mord an Tahlil werden zudem voraussichtlich zu sporadischen Protesten führen, bei denen auch Unbeteiligte gefährdet werden können.

Das politische Patt zwischen Farmaajo und Roble wird die Mordermittlungen und die Ernennung eines neuen Geheimdienstchefs weiterhin überschatten, da beide Seiten an den unterschiedlichen Darstellungen des Vorfalls festhalten. Roble entließ Dahir wegen unparteiischer Ermittlungen und beschuldigte Farmaajo, die Justiz zu behindern. Die Suspendierung von Dahir und die Ernennung von General Bashir Mohamed Gobe zum Interimsdirektor der Behörde rief weitere Gegenreaktionen von Farmaajo hervor. Da er diesen Schritt für verfassungswidrig hielt, ernannte Farmaajo am 8. September Oberst Yasin Abdullahi Farey, einen Verbündeten von Dahir, zum kommissarischen Leiter der NISA und machte Dahir zu seinem nationalen Sicherheitsberater.

Angesichts der sich überschneidenden Aufgaben und des Misstrauens zwischen Präsidenten und Premierminister untergraben die jüngsten Entwicklungen untergraben die Aussichten für eine Regierungsbildung weiter. Schlupflöcher in der Verfassung lassen vermuten, dass beide Seiten ihre eigenen Minister und Staatsbeamten ernennen und entlassen können, was zu einer anhaltenden Pattsituation führen würde. Angesichts der wachsenden Popularität von Roble wird Farmaajo gezwungen sein, Robles politischen Einfluss zu beschneiden. Entsprechende Manöver werden Pro-Roble-Proteste auslösen.

Robles Fähigkeit, seine Anhänger an der Basis zu mobilisieren, und sein Netzwerk im Land und in der Region werden zu weiteren sporadischen Protesten in der Hauptstadt Mogadischu führen. Am 6. September feuerte die Polizei in Mogadischu Berichten zufolge mit scharfer Munition, um eine Demonstration zur Unterstützung von Roble aufzulösen. Ein weiteres Risiko besteht in möglichen Konfrontationen zwischen Mitgliedern der Sicherheitskräfte, die unterschiedliche Haltungen zu Farmaajo haben. Früheren Berichten zufolge kam es am 8. September zu einem Aufmarsch des Militärs vor der NISA-Zentrale in Mogadischu, als bekannt gegeben wurde, dass der Kandidat von Farmaajo das Amt übernommen hatte.

Manager sollten sicherstellen, dass die Operations Procedures und Business-Continuity-Pläne in Zeiten erhöhter politischer Spannungen regelmäßig überprüft werden. Es sollte klare Eskalationsauslöser für die Bewertung der jüngsten Entwicklungen und die damit verbundenen Risiken für die Belegschaft geben. Reisen nach Mogadischu sollten auf das relativ sichere Gelände des internationalen Flughafens Aden Adde (MGQ) beschränkt werden. Mitarbeiter sollten sich mit spezialisierten Sicherheitsdienstleistern in Verbindung setzen, um Zugang zu aktuellen lokalen Informationen über Bedrohungen zu erhalten und essenzielle Bewegungen außerhalb des Flughafens Aden Adde zu planen.

## Asien & die Pazifikregion

### Indien

#### Weitere Bauernproteste wegen umstrittenem Gesetz

Für diese Woche ist mit weiteren disruptiven Protesten von Bauernverbänden und Oppositionsparteien gegen die umstrittenen Landwirtschaftsgesetze der Zentralregierung zu rechnen. Entsprechende Demonstrationen wurden an den Grenzen der Hauptstadt Neu-Delhi sowie in den Bundesstaaten Haryana, Punjab und Rajasthan fortgesetzt. Darüber hinaus haben die Landwirte für den **27. September** zu einem landesweiten Bandh (Arbeitsniederlegung) aufgerufen.

In der vergangenen Woche wurden von Dachverbänden in mehreren Bundesstaaten Proteste organisiert. Vor allem in Haryana belagerten die Bauern das Gebäude des Minisekretariats im Bezirk Karnal. Die Polizei versuchte, die Teilnehmer mit Wasserwerfern und Schlagstöcken zu vertreiben. In Karnal kam es zu Demonstrationen aufgrund angeblicher Polizeibrutalität gegen Demonstranten während einer Versammlung am 26. August. Politische Kundgebungen, die von politischen Parteien wie der Bharatiya Janata Party (BJP) und der Shiromani Akali Dal (SAD) organisiert wurden, standen weiterhin im Mittelpunkt der damit verbundenen Unruhen. Es wird erwartet, dass die Beteiligung an den laufenden Protesten an den Grenzen der Hauptstadt zunehmen wird, da die laufende Erntesaison in den kommenden Wochen zu Ende geht.

Manager sollten die Situation im Hinblick auf ihre möglichen Auswirkungen auf die Mobilität ihrer Mitarbeiter und die damit verbundenen Sicherheitsrisiken genau beobachten. Mitarbeiter in den nördlichen Bundesstaaten sollten sich bei ihren lokalen Ansprechpartnern über die Proteste informieren und Versammlungen meiden, um Beeinträchtigungen zu verringern. Vergewissern Sie sich vor der Abreise, ob Straßen offen sind und rechnen Sie mit Verzögerungen.

### Thailand

#### Anhaltende regierungskritische Proteste in und um Bangkok

In der Hauptstadt Bangkok und den angrenzenden Gebieten sind in dieser Woche weitere

regierungskritische Proteste und mögliche Unruhen zu erwarten. Die Demonstrationen werden voraussichtlich insbesondere am Wochenende und an wichtigen Brennpunkten gut besucht sein. Dazu zählt z. B. eine "Car-Mob"-Kundgebung an der Asok-Kreuzung am **19. September um 14.00 Uhr** (Ortszeit) anlässlich des 15. Jahrestages des Militärputsches von 2006. Es steht zu erwarten, dass die meisten Proteste friedlich verlaufen. An der Din Daeng Kreuzung kann es jedoch zu weiteren Zusammenstößen zwischen Demonstranten und der Polizei kommen. Die Polizei wird möglicherweise Tränengas, Wasserwerfer und Gummigeschosse zur Kontrolle der Menge und gegen disruptive Demonstranten einsetzen.

Die Proteste halten an, nachdem Premierminister Prayut Chan-o-cha und fünf seiner Minister am 4. September ein Misstrauensvotum des Parlaments überstanden hatten. Vom 5. bis 7. September waren tägliche Proteste an der Asok-Kreuzung geplant, die jedoch am 8. September von den Anführern der Proteste aufgrund eines von der Polizei ausgestellten Haftbefehls abgebrochen wurden. Die anschließenden Proteste wurden abgesagt und die Protestorganisatoren kündigten stattdessen die Fortsetzung von "Car-Mob"-Kundgebungen an. In der Zwischenzeit wurden die außerplanmäßigen Proteste an der Din Daeng Kreuzung und der Vibhavadi Rangsit Road in der vergangenen Woche fortgesetzt, wobei es jedes Mal zu Zusammenstößen mit der Polizei kam. Am 11. September wurden bei Zusammenstößen an der Din Daeng Junction fünf Sicherheitskräfte verletzt. 52 Demonstranten wurden verhaftet und wegen Verstoßes gegen das COVID-19-Notstandsdekret angeklagt. Die Polizei wird wahrscheinlich härter gegen disruptive Demonstranten vorgehen.

Unternehmen sollten ihre Notfall- und Business-Continuity-Pläne regelmäßig überprüfen und relevante Indikatoren für mögliche Veränderungen im Sicherheitsumfeld verfolgen. Manager sollten sicherstellen, dass ihre Mitarbeiter Zugang zu aktuellen, zuverlässigen und vertrauenswürdigen Informationen über die Sicherheitslage an ihren Standorten haben. Mitarbeiter im Land sollten Versammlungen meiden, um das Risiko durch mögliche Unruhen zu verringern.

## Nord- und Südamerika

### Ecuador

#### **Proteste am 15. September in Quito und anderen städtischen Zentren**

Für den **15. September** kann es in städtischen Zentren zu disruptiven Protesten kommen, da verschiedene soziale Gruppen und Gewerkschaften Demonstrationen zu verschiedenen sozioökonomischen Themen planen. Die wichtigste Veranstaltung ist ein Marsch zum Carondelet-Palast in der Hauptstadt Quito. Die Gewerkschaft FUT hat zu landesweiten Protesten gegen ein vorgeschlagenes Gesetz aufgerufen, das darauf abzielt, Abfindungen, Renten und Grundgehälter der Arbeitnehmer zu kürzen oder zu streichen. Die Konföderation der indigenen Nationalitäten Ecuadors (CONAIE) sowie andere soziale Gruppen und Gewerkschaften wollen sich anschließen und die am 11. September in Kraft getretenen steigenden Treibstoffkosten anprangern.

Zuvor war es am 11. August in der Hauptstadt zu Protesten unter Führung der CONAIE gegen die Erhöhung der Treibstoffpreise gekommen. Die Teilnehmer protestierten auch gegen andere von der Regierung vorgeschlagene unternehmensorientierte Wirtschaftsmaßnahmen. Die Proteste verliefen weitgehend friedlich, abgesehen von sporadischen, kurzzeitigen Zusammenstößen zwischen Teilnehmern und der Polizei. Die Regierung führte daraufhin am 20. August Gespräche mit der CONAIE, wobei jedoch keine Einigung zwischen erzielt wurde.

Bei den bevorstehenden Demonstrationen sind Zusammenstöße mit den Sicherheitskräften möglich. Diese werden wahrscheinlich örtlich begrenzt bleiben, könnten aber gelegentlich zu einer Gefährdung von Unbeteiligten führen.

Geschäftsreisende können von Verkehrsbeeinträchtigungen aufgrund von Demonstrationen und damit verbundenen Straßensperren betroffen sein. Erkundigen Sie sich bei Ihren lokalen Ansprechpartnern, ob geplante Routen offen sind und umfahren Sie die Protestorte vorsichtshalber. Planen Sie zusätzliche Zeit für Fahrten rund um die Kundgebungsorte ein.